

Zeitschrift: Energeia : Newsletter des Bundesamtes für Energie
Herausgeber: Bundesamt für Energie
Band: - (2009)
Heft: 1

Artikel: "Big Bang am 1. Januar 2009" : Interview
Autor: Steinmann, Walter / Buchs, Matthieu
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-638697>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



«Big Bang am 1. Januar 2009»

INTERNET

Bundesamt für Energie BFE:
www.bfe.admin.ch

Walter Steinmann, Direktor des Bundesamts für Energie (BFE), zieht Bilanz über das vergangene Jahr und lässt die aktuellen und wichtigen Dossiers Revue passieren.

Walter Steinmann, in dieser Zeitschrift haben Sie sich vor einem Jahr darüber gefreut, dass eine Lösung für die Öffnung des Strommarkts gefunden werden konnte. Seit einigen Monaten aber hagelt es Kritik von allen Seiten.

Das ist nicht wirklich überraschend. Der Wechsel in den liberalisierten Strommarkt ist ein Riesenschritt von der alten in eine völlig neue Welt. Insofern war der 1. Januar 2009 fast so etwas wie ein «Big Bang», eine komplette Neugestaltung des Strommarkts. Wir meinen aber, dass das Gesetz grundsätzlich in die richtige Richtung geht. Natürlich ziehen die damit verbundenen Veränderungen gewisse Unsicherheiten mit sich. Es liegt nun an uns allen, diese zu überwinden und für einen guten Verlauf der Marktöffnung zu sorgen.

Wie beurteilen Sie aus heutiger Sicht die Erfolgschancen für die zweite Etappe der Strommarkttöpfung, die ab 2014 allen Konsumentinnen und Konsumenten die freie Wahl des Stromlieferanten erlauben soll?

Wir sollten vorerst einmal Erfahrungen sammeln. Erst dann wird sich zeigen, wo tatsächlich Verbesserungspotenzial besteht. Im Hinblick auf 2014 gilt es dann rechtzeitig Bilanz zu ziehen und die weiteren Schritte einzuleiten. Es wäre falsch, aufgrund der anfänglichen Unsicherheiten und Probleme heute schon schwarz zu malen.

Zeitgleich im Januar 2009 erfolgt auch die Lancierung der kostendeckenden Einspeisevergütung für Strom aus erneuerbaren Quellen. Auch dieses Modell muss inzwischen einiges an Kritik einstecken.

Die kostendeckende Einspeisevergütung für Strom aus erneuerbaren Energien ist eine Erfolgsgeschichte. Wir haben dafür weit mehr Anmeldungen erhalten, als wir erwartet haben. Dies zeigt, dass Wirtschaft und Bevölkerung heute in erneuerbare Energien investieren wollen. Die Kritik am neuen Fördersystem bezieht sich denn vor allem darauf, dass seine finanzielle Ausstattung dem riesigen Interesse nicht gerecht wird. Hier braucht es Lösungen. Vorschläge dazu werden wir Bundesrat Leuenberger bis Mitte 2009 vorlegen.

Am 21. Februar 2008 verabschiedete der Bundesrat zwei Aktionspläne zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Förderung der erneuerbaren Energien. Die Aktionspläne beinhalten 22 Massnahmen. Für einige davon, darunter das nationale Gebäudesanierungsprogramm, konnte die Finanzierungsfrage bisher noch nicht gelöst werden.

Ich bin sehr froh darüber, dass wir im Februar die grundsätzliche Zustimmung des Bundesrats zu den Aktionsplänen erhalten haben. Bei einigen Massnahmen sind wir bereits mitten in der Umsetzungsphase, beispielsweise bei den Mindestvorschriften für Haushaltgeräte. Für andere Massnahmen suchen wir in der Tat noch nach den nötigen finanziellen Mitteln, doch es geht voran. Beispielsweise bei der Forschung und Ausbildung: Das UVEK stellt uns dafür 2009 zusätzlich 5 Millionen Franken zur Verfügung. Und im November 2008 hat der Bundesrat das nationale Gebäudesanierungsprogramm als Teil eines Konjunkturbelebungspakets gutgeheissen. In den ersten Monaten des neuen Jahres geht es darum, dieses Programm zu konkre-

tisieren und zusammen mit den Kantonen auszugestalten.

An Arbeit dürfte es also nicht fehlen. Welches sind im 2009 die grossen Herausforderungen für das Bundesamt für Energie?

Dazu gehört sicher die Umsetzung der Strommarkttöffnung. Hier erwarten wir die ersten Grundsatzentscheide der Elektrizitätskommission, wollen die praktischen Er-

«FÜR FORSCHUNG UND AUSBILDUNG STELLT UNS DAS UVEK 2009 ZUSÄTZLICH 5 MILLIONEN FRANKEN ZUR VERFÜGUNG.»

fahrungen mit dem neuen Marktsystem auf Verbesserungspotenziale hin analysieren und diese vorbereiten. Ebenso werden wir die Entwicklungen bei der kostendeckenden Einspeisevergütung genau beobachten und bis Mitte Jahr Vorschläge zum weiteren Vorgehen vorlegen. Ganz generell werden wir uns dem Thema Versorgungssicherheit sehr umfassend widmen. Die Versorgungssicherheit ist nicht nur Grundlage für den Schweizer Strommarkt, sondern auch für die laufenden Verhandlungen mit der EU im Strombereich ebenso wie für den Zubau von neuen Grosskraftwerken in der Schweiz. Verbunden damit ist auch die Problematik der Übertragungsleitungen. Hier überlegen wir uns, ob wir einen Sachplan Netze vorantreiben wollen, um die notwendigen künftigen Investitionen raumplanerisch besser sicherstellen zu können. Und schliesslich werden wir im nächsten Jahr unser internationales Engagement erweitern und insbesondere mit unseren Nachbarländern, aber auch mit anderen wichtigen Ländern, eine verstärkte Zusammenarbeit aufbauen.

Die von Ihnen angesprochenen Projekte für neue Hochspannungsleitungen sind wichtig für die Versorgungssicherheit, gleichzeitig aber sehr umstritten. Einzelne dieser Projekte sind seit vielen Jahren blockiert. Wie kann diese Situation entspannt werden?

Leitungsprojekte sind mit Ängsten und Emotionen verbunden. Diese gilt es sehr ernst zu nehmen und dafür zu sorgen, dass die Anliegen der betroffenen Bevölkerung ebenso in die Entscheidungen einbezogen werden wie die wirtschaftlichen Überlegungen der Betreiber. 2009 werden wir das neue Kriterienset zur Diskussion stellen, mit welchem künftig klar und transparent definiert werden kann, ob eine Leitung in den Boden verlegt oder als Freileitung realisiert werden soll.

Zu den aktuellen Energiethemen in der Schweiz gehört auch die Frage der Lage rung von radioaktiven Abfällen. Die Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung

radioaktiver Abfälle) hat Ende 2008 mehrere Standortregionen vorgeschlagen, wo Tiefenlager aus geologischer Sicht möglich wären. Wie waren die ersten Reaktionen der betroffenen Regionen?

Die Reaktionen anlässlich unserer Informationsveranstaltungen fielen sehr unterschiedlich aus. Zum Teil erlebten wir heftige Opposition, zum Teil liessen sich die anwesenden Bürgerinnen und Bürger auf eine sehr

sachliche Diskussion ein. Sicher ist, dass wir in den nächsten Jahren mit allen betroffenen Regionen und Kantonen sowie dem angrenzenden Ausland eng zusammenarbeiten und den Dialog suchen. Die Kantone haben signalisiert, dass sie sich in den geplanten Arbeitsgruppen und in den verschiedenen Prozessstufen engagiert einbringen wollen.

Im April 2008 hat der Bundesrat den Sachplan geologische Tiefenlager verabschiedet. Demnach dauert es noch rund zehn Jahre, bis endgültig über die definitiven Standorte entschieden wird. Warum so lange?

Die Regeln zur Standortsuche sind im Sachplan geologische Tiefenlager verbindlich festgelegt. Sie umfasst drei Etappen, die entsprechend Zeit brauchen. Zeit für die genaue Überprüfung der vorgeschlagenen Regionen, aber auch Zeit für weitere wissenschaftliche Untersuchungen und vor allem auch für die notwendigen Diskussionen mit der Bevölkerung und der Politik. Es braucht ein breit abgestütztes und transparentes Verfahren, um zu einem derartigen Standortentscheid zu kommen. Doch wir haben genug Zeit. Die Lager müssen erst 2030 oder 2040 bereit stehen.

Bleiben wir bei der Kernkraft. 2008 wurden drei Rahmenbewilligungsgesuche für neue Kernkraftwerke eingereicht. Wie stehen die Chancen für deren Realisierung?

Ich bin kein Hellseher. Ich kann nur mit Gewissheit sagen, dass die Gesuche nun beim Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat und bei uns eingehend geprüft werden. Danach folgt eine breite Anhörung über alle Gutachten und schliesslich wird der Bundesrat in 2,5 bis 3 Jahren über die Erteilung der Rahmenbewilligungen entscheiden. Dieser Entscheid ist dann von der Bundesversammlung zu genehmigen und dagegen kann das fakultative Referendum ergriffen werden. Die entsprechende Volksabstimmung würde in diesem Fall voraussichtlich 2013 oder 2014 durchgeführt. Das letzte Wort hat bei uns immer das Volk.

Mit dem Programm EnergieSchweiz will der Bund die Energieeffizienz und erneuerbaren Energien fördern. Das Programm läuft im Jahr 2010 aus. Geben Sie uns zwei gute Gründe für seine Fortsetzung.

Erstens: EnergieSchweiz ist ein volkswirtschaftlicher Motor für Energieinnovationen, den wir in der Schweiz auch weiterhin brauchen. Und zweitens: Unser Energiesystem ist im Umbruch. Die internationale Energieagentur IEA spricht gar von einer bevorstehenden Energierevolution. Gerade in diesen Zeiten des Wandels ist eine übergeordnete Koordination der neuen Rahmenbedingungen bei den erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz durch ein Programm wie EnergieSchweiz unerlässlich. Ebenso wie die Unterstützung des Technologietransfers, der Kommunikation und der Aus- und Weiterbildung.

Im 2008 war der Erdölpreis starken Schwankungen ausgesetzt. Hat sich dies auf die Energiepolitik der Schweiz ausgewirkt?

Natürlich. Die Ölpreishausse hat bei vielen das Bewusstsein über unsere Abhängigkeit von fossilen Energien geschärft. Viele Bürgerinnen und Bürger, Politikerinnen und Politiker, sind zur Einsicht gekommen, dass wir neue und schärfere Massnahmen für Energieeffizienz und erneuerbare Energien brauchen, um in Richtung Nachhaltigkeit voranzukommen.

Beschliessen wir diesen Überblick mit einer Bilanz des Bundesamtes für Energie über das vergangene Jahr. Womit sind Sie besonders zufrieden?

Wir hatten ein extrem arbeitsintensives Jahr, in dem wir viel erreicht haben. Einiges davon bildet die Grundlage für die Arbeit in den nächsten Jahren. Beispielsweise die vom Bundesrat verabschiedete Energiestrategie: Auf ihr basiert die Umsetzung der Aktionspläne, aber auch alle weiteren Arbeiten im Umfeld der Versorgungssicherheit. Oder der Sachplan geologische Tiefenlager: Er schreibt das Verfahren und die Kriterien für die Standortsuche in den nächsten 10 Jahren transparent vor. Positiv war auch, dass die Eidgenössische Elektrizitätskommission (ElCom) ihre Arbeit aufgenommen hat und wir damit einen guten Schiedsrichter auf dem Strommarkt haben. Erfolgreich waren aber auch unsere internationalen Aktivitäten, die wir in den kommenden Jahren noch intensivieren wollen. Und besonders gefreut habe ich mich über die zahlreichen Gespräche und Diskussion über die Herausforderungen der Energiepolitik, die ich 2008 mit vielen interessierten Bürgerinnen, Politikern, Wirtschaftsvertretern und Wissenschaftlern führen durfte.

Interview: Matthieu Buchs